Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 657. **Dienstag** den 26. December 1893. 87. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die öffentlichen Hebammen-Prüfungen finden
Freitag, den 29., und Sonnabend, den 30. December dss. Js., } Nachmittags von 3—5 Uhr
im Auditorium der Univ.-Frauenklinik statt.

Leipzig, den 21. December 1893.

Die Direction der K. Hebammen-Schule.
Prof. Dr. Zweifel.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 25. December.

Die **Weihnachtsbetrachtungen**, welche die deutsche Presse in diesem Jahre anstellt, sind durchgängig recht trüber Art. Keine Partei kann sich der Einsicht verschließen, daß das Deutsche Reich seit seiner Wiederaufrichtung sich noch nie in so schweren inneren Wirrnissen befunden hat, wie am Ende dieses Jahres. Leider sind aber die Ansichten über die Mittel und Wege zur Ueberwindung dieser Wirrnisse ebenso verschieden, wie die politischen Parteiprogramme. Nur sehr wenige Blätter betonen, daß alle Parteien Anlaß haben, weniger auf diese Programme und mehr auf die Bedürfnisse des Reiches, weniger auf das, was trennt, und mehr auf das, was alle Vaterlandsfreunde einen muß, zu sehen. Bezeichnend ist es jedoch, daß sogar conservative Blätter nicht allein die politischen Gegner an die Pflicht zur ernsten Prüfung erinnern, sondern ihre Mahnungen und Wünsche auch an eine höhere Stelle richten. So schreibt die „Schles. Zeitung“:

„So wünschen wir ein segensprendendes, friedenbringendes Weihnachtsfest vor allen unserem kaiserlichen Herrn. Ein idyllisches Bild hohen Familienglücks wird das Heim des Kaisers am heutigen Tage gewähren. Denn gerade in der Reinheit und Innigkeit des Familienlebens ist unser Kaiserhaus ein leuchtendes Vorbild für das ganze Volk. Die Kronen, die unser Kaiser sich vor fünf Jahren auf das jugendliche Haupt gedrückt hat, hat er in dieser kurzen Spanne Zeit vielfach als schwere und verantwortliche Bürde empfinden müssen. Dornenvoll und kampfesreich ist der Pfad eines Herrschers. Die Unzulänglichkeit menschlichen Thuns und Könnens muß sich dem am Kreuze offenbaren, in dessen Hand die höchste menschliche Machtfülle gegeben ist. Unser Kaiser liebt sein Volk tief und wahr. Er hat einen festen Glauben an seine Mission, und das ist gut, denn sonst konnte er nichts Großes vollbringen. Aber unser Kaiser ist auch ein aufrichtig gläubiger Christ. Als solcher weiß er sehr wohl, daß menschlichem Irrthum und menschlicher Schwäche auch der Träger einer glänzenden Krone den Tribut zahlen muß. Und wenn der Kaiser am heutigen Tage sein Herz erhebt im Gebet, so wird es ein Gebet sein um Kraft und Erleuchtung in seinem hohen und verantwortungsvollen, von Gott ihm verliehenen Amte. Daß diese Bitte Erhörung finden möge, wünscht mit dem Kaiser sein ganzes Volk.

Und noch einem Anderen, einem hochverehrten, heldenhaften und vielgeliebten Deutschen, wollen wir einen besonderen Weihnachtsgruß senden, dem Fürsten Bismarck. Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck! Wie gut stimmen sie zusammen, wie gut reihen sie sich aneinander, der Name des deutschen Kaisers und der Name des ersten Kanzlers im neuen Reiche! Man kann eigentlich kaum in Liebe, Treue und Begeisterung des Kaisers gedenken, ohne daß die Gedanken naturgemäß und wie von selbst von dem Kaiserschloß zu den Höhen des Sachsenwaldes hinüberfliegen, in dessen Schatten einsam und siebenkummert der alte Recke jetzt haust, dessen machtvollem Geiste und gewaltiger Kraft unser Volk die Wiedererrichtung des Kaiserthrones zu danken hat. Wie sehr gehören sie zusammen und wie sehr sind sie getrennt, der Kaiser und sein alter Kanzler! Gebe Gott, daß die Wiedervereinigung erfolgt, ehe die enge Grabeszelle das edelste, stolzeste und gewaltigste Menschengebilde aufnimmt, das jemals auf deutscher Erde geboren und zu machtvollster Entfaltung und Wirksamkeit gelangt ist. Das ist unser bester Weihnachtswunsch für das deutsche Volk. Erfüllt sich dieser Wunsch, dann ist für den deutschen Patrioten die Harmonie geschaffen zwischen der inneren Lage im Vaterlande und der Weihnachtsbotschaft: Friede auf Erden!“

Die „**Kreuzztg.**“ tritt das Friedensfest mit unverminderter Kampflust an. Sie kündet dem Grafen Eulenburg an, daß man mit ihm im preußischen Landtage sich über seinen jüngsten Erlaß unterhalten werde. Dem preußischen Ministerpräsidenten würde es nun, wie wir schon gestern nachgewiesen haben, nicht schwer werden, den ihm angebotenen Kampf aufzunehmen und der „Kreuzztg.“ und ihren Hintermännern eine neue Niederlage beizubringen, aber er hat zu bedenken, daß der Reichskanzler im Reichstage die conservative Partei sehr nöthig hat, wenn er auch nur einen Theil der geplanten Steuerreform durchsetzen will. Zu der Frage der Reichsfinanzreform stellen sich bekanntlich die Parteien zum großen Theile genau entgegengesetzt wie bei den Handelsverträgen. Die gesammte Linke des Reichstages, die in der Handelspolitik die Regierung unterstützt, steht hier in schärfster Opposition und die Agitation, die von den Gegnern der neuen Steuern geführt wird, erreicht zwar nicht an lärmvoller Leidenschaftlichkeit die der Agrarier, überbietet sie aber in zäher Intensität. Sie kann auf unzweifelhafte Erfolge hinweisen: gegen die Belastung des Tabaks hat sie nahezu eine Million Unterschriften gesammelt und gegen die Weinsteuer hat sie alle Winzer und Händler mobil gemacht. Es wird zweifelsohne ein schweres Stück Arbeit für den Reichskanzler, den Reichsschatzsecretair und den preußischen Finanzminister werden, im Reichstage den Widerstand durch überzeugende Gründe aufzuhalten, und wenn die Conservativen in eine principielle Oppositionsstellung treten, so wird kaum so viel herauskommen, daß die Kosten der Heeresreform gedeckt werden können. Der Reichskanzler und der preußische Ministerpräsident befinden sich also in einer Zwangslage, die den „Kreuzzeitungs“-Leuten zu Gute kommt und ihnen den Nacken steift.

Der **badische Landtag**, der sich vor einigen Tagen bis zum 10. Januar vertagt hat, konnte bis jetzt nur ziemlich unbedeutende Vorlagen erledigen. Den größten Theil der verflossenen Sitzungsperiode füllten Interpellationen und die Berathung von Anträgen aus der Mitte des Hauses aus. Vor Allem war es die Interpellation des nationalliberalen Abgeordneten Labenburg-Mannheim über die Stellungnahme der großherzoglichen Regierung zu den Reichssteuervorlagen, welche zu einer mehrtägigen Debatte führte. Auch eine kleine Debatte über die Frage der Zulassung der Orden entspann sich im Anschluß an die von der Centrumsfraction eingebrachten hierauf bezüglichen Anträge. Die Hauptschlacht in dieser Frage wird jedoch erst in den nächsten Wochen geschlagen werden. Die nationalliberale Partei hat aber bereits durch ihren Führer Fieser verkünden lassen, daß sie über die Anträge der Ultramontanen auf Zulassung der Orden einfach zur Tagesordnung übergehen werde. Das Schicksal dieser Ordensanträge hängt von den zwei conservativen Abgeordneten ab. Stimmen diese dafür, so ist, wie die „Nat.-Ztg.“ betont, die Annahme besiegelt. Auch eine Antisemitendebatte blieb dem badischen Landtage nicht erspart, und zwar infolge einer Petition des Karlsruher deutsch-socialen Vereins, welcher beantragte, daß zur Prüfung der jüdischen Geheimgesetze eine Commission aus den deutschen Hochschulprofessoren eingesetzt werde. Die Kammer ging jedoch über diesen Antrag zur Tagesordnung über.

Fast scheint es, als hätten die letzten Abstimmungen im **österreichischen Abgeordnetenhause** endlich in jungczechischen Kreisen die Ueberzeugung geweckt, daß es eine zeitlang mit dem jungczechischen Terrorismus ein Ende haben müsse und daß die hochtrabenden Worte der jungczechischen Agitation nicht mehr verfangen. So finden sich, wie bereits kurz gemeldet, in den „Narodni Listy“ folgende Ausführungen:

„Unsere öffentliche Meinung muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die neue parlamentarische Formation, die Coalition, keine kurze Dauer haben werde, und wir werden uns demnach einzurichten haben. Auf diese Weise wird man auch die czechischen Wünsche besser erzielen, als wenn man mit einer kurzen Lebensdauer dieser czechenfreindlichen Organisation rechnen und sich eine falsche Rechnung machen würde. Richten wir uns daher Leber auf einen mehrjährigen Kampf ein. Organisiren wir uns zu Hause, damit wir wie Ein Mann in Kampfe zusammenstehen, falls das Regierungsheer gegen uns die Offensive ergreifen sollte.“ Im weiteren Verlaufe des citirten Artikels beruhigt das jungczechische Blatt die Verhältnisse im Hohenwart-Club und tröstet sich mit der Möglichkeit des Austrittes der letzten Slowenen aus demselben. Es wird gleichzeitig Klage geführt über die Haltung des Feudal-Adels und der Organe des Episcopats in Prag und Brünn, welche für die Idee der Coalition eintreten, und dann heißt es mit Resignation am Schlusse: „Unter diesen Umständen müssen wir den Blick nach Innen kehren. Suchen wir in uns selbst die Beruhigung über den Verlust zweifelhafter und abgefallener Freunde. Wer sich nicht selbst aufgiebt, ist nicht verloren. Was uns Noth thut in gegenwärtiger Zeit, wo ein langer Winter über uns hereinbricht, ist Vertrauen zu uns selbst, eine noch tiefere Ergebenheit für die Sache der Nation und eine noch intensivere Arbeit für dieselbe. Wenn rundum der Gegner droht, dann ist große Aufmerksamkeit und Bedächtigkeit geboten. Schon stehen wir nicht allein. Wenn draußen der Frost Alles verbrennt, können wir uns an dem slawischen Feuer erwärmen. Wir werden den Kampf mit dem politischen Ungemach überdauern und es mit der Nation überleben, und auch unser Frühling wird kommen.“

Am 28. December tritt bekanntlich der **böhmische Landtag** zusammen, der am 17. Mai von den Jungczechen in so scandalöser Weise gesprengt wurde. Wie bestimmt verlautet, ist es nicht die Absicht der Regierung, dem böhmischen Landtage in der bevorstehenden Session Vorlagen politischer Natur oder solche, die sich auf die Durchführung des böhmischen Ausgleiches beziehen, zu unterbreiten. Vielmehr besteht der Wunsch, daß der Landtag, welcher für die Gebahrung im Jahre 1893 die Indemnität ertheilen und für das Jahr 1894 das Budget feststellen muß, sich vorwiegend mit den wirthschaftlichen Angelegenheiten des Landes befasse. Bei der Behandlung dieser wirthschaftlichen Angelegenheiten wird sich die im Reichsrathe abgeschlossene Coalition auch auf dem Boden des Landtages zu bewähren Gelegenheit finden.

Das Project des sogenannten „**Canals der zwei Meere**“ zwischen dem Atlantischen Ocean und dem Mittelmeer ist von Seiten der Franzosen wiederholt in Erwägung gezogen worden. Die Vortheile einer bequemen, gefahrlosen Wasserstraße, die, vom Busen von Biscaya zum Golf du Lion führend, nur französischen Boden durchschneiden würde, mögen allerdings groß sein; aber ebenso groß sind die Schwierigkeiten und Kosten, welche sich der Ausführung des Unternehmens entgegenstellen. Kürzlich hat der französische Ingenieur René Kerviller einen Plan nebst Kostenanschlag ausgearbeitet, demzufolge die Wasserstraße eine Länge von 370 Seemeilen von See zu See erhalten würde bei einer Breite von 144 bis 215 Fuß und einer Tiefe von 28 bis 33 Fuß. In Abständen von 5 zu 8 Meilen sollen Ausweichstellen von ¾ Meilen Länge angelegt werden, um die Fahrt zu erleichtern und Aufenthalt zu vermeiden. Der Canal soll nicht weniger als 22 Schleußen erhalten, jede 650 Fuß lang und 80 Fuß breit. Die Herstellungskosten stellen sich nach Kerviller's Berechnung auf 548 Millionen Mark, wozu noch die Zinsen des Capitals während der Bauzeit mit weiteren 60 Millionen Mark hinzukommen würden. Im Ganzen müßten also rund 650 Millionen Mark aufgebracht werden. Die Einnahmen nach Abzug der Betriebs- und Reparaturkosten sind von Kerviller auf 48 Millionen Mark berechnet, so daß das Anlagecapital sich mit etwa 5 Proc. verzinsen könnte. In Wirklichkeit ist aber auf ein so günstiges Ergebniß wohl schwerlich zu rechnen. Wenn man die Erfahrungen bei anderen Canalunternehmungen berücksichtigt, so bietet die Berechnung keine sonderliche Gewähr. Alle künstlichen Wasserstraßen haben bis jetzt weit mehr gekostet, als veranschlagt war, und dies neue Canalproject dürfte schwerlich eine Ausnahme machen.

Die **Arbeiter-Bewegung in Italien** scheint sich auszubreiten. Nach einer römischen Meldung entwickelt die Agitation der Arbeiter-Verbindungen „Fasci dei lavoratori“ gegenwärtig insbesondere auf der Insel Sardinien eine eifrige Thätigkeit, um dort eine diesen „Fasci“ ähnliche Organisation zu schaffen. Auch auf der Insel Sicilien breitet sich die aufrührerische Bewegung immer mehr aus. Die Mitglieder der Arbeitervereinde von Partanna, Santa Margherita, Santa Ninfa, Salemi, Montevago, Sapurita, Castelvetrano, Camporale und Poggioreale begaben sich in einer der letzten Nächte nach Gibellina, wo simbildliche Processionen und Fackeljige stattfanden, an welchen sich Männer, Frauen und Kinder betheiligten. Zum Zeichen der Festfeier wurden Freudenfeuer angezündet. Ernste Unruhen kamen nicht vor, das Ganze lief auf eine Verbrüderungskundgebung hinaus. In Parco versuchte die Menge, die Steuerhäuschen in Brand zu stecken, den Truppen gelang es jedoch mit Leichtigkeit, die Ordnung wieder herzustellen. In Rocca wurde ein Steuerhäuschen angezündet. In Partinico wurde der unterbrochen gewesene Zollamtsdienst wieder aufgenommen; jedes Steuerhäuschen wird von einer halben Compagnie Soldaten bewacht. In Monreale ist der Steuerdienst augenblicklich aufgehoben, da die Gährung unter der Bürgerschaft noch fortdauert. Die Mitglieder des Stadtraths haben wegen der Absetzung des Bürgermeisters Rocco Valsano eine Protestkundgebung veranstaltet und in corpore ihre Entlassung genommen. — Der Centralausschuß des Bundes wird in Kurzem zusammentreten, um das der Regierung zu unterbreitende Memorandum aufzusetzen, das praktische Reformen enthalten soll, die geeignet wären, die traurige Lage der sicilischen Gemeinden zu verbessern. Auch die Regierung hat mittlerweile ihre Aufmerksamkeit auf Sicilien gerichtet und wird der Kammer, sobald die Umstände es zulassen, Gesetzentwürfe vorlegen, durch welche der ländlichen Bevölkerung von Sicilien möglichster Beistand geboten werden soll. Man giebt sich in Rom der Erwartung hin, daß das persönliche Ansehen des Minister-Präsidenten Crispi auf Sicilien, wohin er sich bekanntlich während der Weihnachtsferien zu begeben beabsichtigt, großen Einfluß ausüben und eine Beruhigung der Gemüther herbeiführen werde. Wie uns heute aus Rom telegraphirt wird, wurden zur Ablösung andere Truppen nach Sicilien geschickt. Aus Lercara wird gemeldet, daß die Landleute, sowie deren Frauen und Kinder tumultuarisch gegen die Localbehörden vorgegangen seien, unter den Rufen: „Nieder mit der Verzehrungssteuer!“ „Es lebe der König!“ „Es lebe die Königin!“ Die Zollhäuser wurden vielfach angezündet. Das interimistische Militair ging mit Schonung vor. Ein Corporal und ein Gemeiner wurde leicht verletzt.

In **Rußland** scheint man, nach den Aeußerungen der Presse zu urtheilen, von dem neuen Ministerium Crispi nicht sehr erbaut zu sein, weil man offenbar von dem energischen Manne annimmt, er werde Italien aus den augenblicklichen Verlegenheiten herausführen, ohne dessen Politik eine Wendung zu geben, wie man sie an der Newa sehnlichst wünscht. Der „Grashdanin“ zeichnet ein Lebensbild des Ministers, worin namentlich die allgemein bekannte Episode der Mazzinistischen Verschwörung breit getreten wird, und die „Neue. Wr.“ deutet sogar an, es sei nicht unmöglich, daß der „alte Revolutionnair“ irgend einen den Zielen seiner früheren republikanischen Gesinnungsgenossen entsprechenden Plan hege. Crispi gehöre zu den politisch Ehrgeizigen, die jeden Augenblick die Front zu verändern im Stande seien, von ihm lasse sich Alles erwarten. Er könne sich sowohl dem noch kürzlich verhaßten Frankreich nähern, als auch, falls sich dazu die günstige Gelegenheit böte, in das republikanische Lager zurückkehren. Zwar sei man noch nicht so weit, doch könne der Conflict zwischen dem Parlament und dem hartnäckig am Dreibunde festhaltenden König der Dynastie Savoyen gefährlich werden. Diese in Form der Befürchtung gekleideten Wünsche des russischen Blattes dürften denn doch noch recht lange auf Erfüllung warten.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 25. December. Wir haben Grund zu der Annahme, daß demnächst die Frage des Ursprungs-(Identitäts-)Nachweises bei der Getreideausfuhr auf Anregung der Reichsregierung wieder praktisch werden wird, und vielleicht würde dadurch eine etwas besänftigende Wirkung auf die hochgehenden Wogen der agrarischen Bewegung ausgeübt werden. Die Bedeutung der Angelegenheit besteht darin, daß gegenwärtig ausländisches Getreide, welches in Deutschland eingeführt wird, bei etwaiger Wiederausfuhr nur dann den Zoll zurückvergütet bekommt, wenn es genau aus derselben Waare besteht, also nicht etwa eine entsprechende Menge von deutschem Getreide oder eine Mischung mit solchem ist. Durch die Aufhebung des Ursprungsnachweises würde diese letztere Beschränkung hinwegfallen und das deutsche Geschäft in Getreide, namentlich der Ausfuhrhandel nach auswärtigen Märkten könnte einen lebhafteren Gang und größeren Umfang annehmen. Eine Bevorzugung des ausländischen Getreides lag nach der bisherigen Einrichtung darin, daß der Zoll erst nach sechs Monaten gezahlt werden mußte, ferner eine Bevorzugung der Händler und Müller, welche mit ausländischem Getreide arbeiteten, darin, daß sie beim Mehlexport mehr Rückerstattung empfingen, als Zoll zu leisten hatten. Die Aufhebung des Ursprungsnachweises bei der Getreideausfuhr würde allerdings ganz ausschließlich der Landschaft des deutschen Ostens zu Gute kommen. Ein Ersatz für die westlichen Gegenden könnte in der Aufhebung der preußischen Staffeltarife liegen, die, wie wir hören, ebenfalls ernstlich zur Erwägung steht. — Die Frage des Ursprungsnachweises ist vor einigen Jahren im Reichstag und sonst in der öffentlichen Erörterung viel besprochen worden, war aber seitdem völlig zurückgetreten. Zuletzt hat sich der Reichstag im Jahre 1888 mit dem Gegenstand beschäftigt. Es gab sich damals eine außerordentliche Verschiedenheit der Auffassung und Anschauung über den Werth und die Wirkung der Einrichtung kund. Nicht nur die meisten politischen Parteien gingen dabei auseinander, sondern auch die betheiligten Erwerbskreise, je nach der landschaftlichen Lage und den besonderen Interessen verschiedener Gegenden. Während die betheiligten Handelskreise überwiegend die Aufhebung befürworteten, waren die Landwirthe getheilter Ansicht. Im Nordosten verlangte man dringend die Aufhebung, im Süden und Westen überwogen die Bedenken. Die Befürworter der Aufhebung glaubten davon eine mächtige Förderung des stark gesunkenen Exports und somit eine Belebung des Handels, der Landwirthschaft, der Rhederei erwarten zu dürfen. Allerdings würden die Getreidepreise einigermaßen steigen und das Reich eine Einbuße an Zolleinnahmen erleiden. Allein das Erstere sei gerade einer der Zwecke, nachdem die Kornzölle in dieser Hinsicht nicht genügend gewirkt hätten, und jedenfalls durch die wichtigsten Lebensinteressen großer Erwerbskreise zu rechtfertigen. Das Letztere könne um so weniger ins Gewicht fallen, als der Zweck der Kornzölle in erster Linie Schutz der Landwirthschaft, nicht Beschaffung von Reichseinnahmen gewesen sei. Von den Gegnern wurde eingewendet, daß der Antrag ein ganz neues Princip in unsere Zollgesetzgebung einführe, daß dem Getreidebau eine Exportprämie verschafft und das Ausland zu Gegenmaßregeln veranlaßt werde, daß andere Industrien dieselbe Bevorzugung verlangen würden, wie sie der Getreidebau beanspruche, und daß dadurch unberechenbare Consequenzen entstehen könnten, daß der Ernährungsstand der heimischen Bevölkerung durch die Einführung schlechterer Waare zum Ersatz für die ausgeführte bessere inländische Waare geschädigt werde, daß der Reichs- und Staatscasse eine erhebliche Einnahme an Zöllen und Eisenbahnfrachten entgehe und den Consumenten das nothwendigste Lebensmittel vertheuert würde. Andererseits wurde auch bestritten, daß, wenigstens auf den süddeutschen Märkten, die Getreidepreise steigen würden, vielmehr das Gegentheil behauptet. Es wurde auch der Meinung Ausdruck gegeben, nur die Händler, nicht die Landwirthe, würden von der Maßregel Vortheil haben, die Ausfuhrscheine würden zu Börsenpapieren werden und der ungesunden Speculation Vorschub leisten, ein Vortheil für die Landwirthschaft würde höchstens in den nordöstlichen Provinzen Preußens, nicht aber im übrigen Deutschland eintreten. Ein Antrag (Ampach), betreffend Aufhebung des Identitätsnachweises, kam schließlich nicht zur Erledigung. Die Stimmung und die Aussichten im Reichstag waren ganz unsicher; es herrschte der Eindruck, daß die Sache noch nicht spruchreif und in ihren vollen Consequenzen nach allen Richtungen noch nicht zu übersehen sei. Es wurde daher ein mit dieser Erwägung begründeter Uebergang zur Tagesordnung beschlossen und den verbündeten Regierungen der Wunsch ausgesprochen, der wichtigen Frage ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und das Ergebniß der darüber anzustellenden Erhebungen dem Reichstag in der nächsten Session mitzutheilen, was aber nie geschehen ist. Im Allgemeinen nahmen damals die beiden conservativen Fractionen und die Nationalliberalen eine freundliche Stellung zu dem Antrag ein, bei dem Centrum und den Socialdemokraten überwogen die Bedenken; die Freisinnigen spalteten sich.

ld. **Berlin**, 25. December. Neuerdings ist hier eine Bewegung im Gange, die darauf abzielt, sämmtliche Ortskrankencassen zu vereinigen, d. h. zu einer einzigen zu verschmelzen. Es kann das ein „Riesenwerk“ genannt werden, aber seine Bewältigung ist nicht unmöglich und wird sicherlich mit mancherlei Vortheilen verknüpft sein. Da die Angelegenheit für weitere Kreise — und namentlich für Leipzig, welches die Vereinigung von 18 Ortskrankencassen zuerst durchführte — von großem Interesse ist, so mögen hier einige Daten über die Verhältnisse der Berliner Ortskrankencassen gegeben sein. In Berlin bestehen (wie legen die Rechnungsergebnisse für 1892 zu Grunde) nicht weniger als 60 Ortskrankencassen mit zusammen 274 477 Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder der einzelnen Cassen ist sehr verschieden, sie schwankt zwischen 70 000 und — 12! Obenan steht die „Allgemeine Casse gewerblicher Arbeiter“ mit 70 413 Mitgliedern, dann folgen die Kaufleute mit 20 612, Schneider mit 19 989, Maurer mit 19 864, Tischler mit 19 145, Maschinenbauer mit 15 382 Mitgliedern ꝛc. Die wenigsten Mitglieder zählen folgende Cassen: Tabakfabrikarbeiter 158, Strumpfwirker 122, Zeugschmiede 121, Schornsteinfeger 62, Tuchmacher 59, Zinngießer 51, und den Beschluß bilden die Tuchscheerer mit 12 Mitgliedern. Ob ein derartiger Zustand im Sinne der Gesetzgeber liegt, mag dahin gestellt bleiben; in der Praxis kann er sich jedenfalls auf die Dauer nicht bewähren. Es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, daß die Beiträge einerseits, sowie das Krankengeld andererseits, wenn man sie in ein Verhältniß zum Lohn stellt, die denkbar verschiedensten sind. Sodann aber können die kleineren Cassen durch wenige langandauernde Krankheitsfälle vollständig ruinirt werden, andernfalls würden die Mitglieder zu hohen Beiträgen herangezogen werden müssen. Die Vermögensverhältnisse der Cassen, auf die allein wir hier eingehen wollen, haben sich unter solchen Umständen ganz merkwürdig gestaltet. So z. B. haben die Buchdrucker bei 5444 Mitgliedern ein Vermögen von 171 092 ℳ, oder 31,43 ℳ für das Mitglied, die Hutmacher besitzen aber bei 1956 Mitgliedern nur 1482 ℳ im Vermögen, oder ganze 76 ₰ für das Mitglied. Gerade diese Lage der Dinge erschwert jedoch die Vereinigung. So sind die Buchdrucker die schärfsten Gegner der Verschmelzung, und in einer Versammlung von Cassen-Delegirten, die kürzlich stattfand, erklärte der Delegirte der Buchdrucker die Cassenverschmelzung als „reactionair“. Das sind vielfach dieselben Leute, die bei anderer Gelegenheit dann die „Solidarität der Arbeiter“ so gern im Munde führen. Hoffentlich behalten trotzdem rein sachliche Anschauungen die Oberhand und führen zum Gelingen des Werkes. Angebahnt ist dasselbe durch die schon erwähnte Versammlung, in welcher, wie erwähnt werden mag, Herr Bevollmächtigter Uhlmann aus Leipzig einen Vortrag über die Verschmelzung der Leipziger Ortskrankencassen und die damit erzielten Resultate hielt.

* **Berlin**, 25. December. Die Officiere der Schutztruppe in Ostafrika werden seit mehreren Jahren nur noch aus den activen Officieren der Armee entnommen. Bei ihrem Eintritte in die Schutztruppe müssen sie den Abschied nehmen und werden dann als Officiere a. D. mit der bisherigen Charge geführt. In der Schutztruppe selbst kommen die heimischen Chargen nicht vor, darin giebt es nur zwei Unterschiede, Compagnieführer und Compagnie-Officiere. Nun hatte sich, wie die „N. Pr. Ztg.“ ausführt, die neue Erscheinung ausgebildet, daß diese Officiere a. D. in diesem Verhältnisse avancirten; Seconde-Lieutenants a. D. wurden zu Premier-Lieutenants a. D., letztere zu Hauptleuten a. D. ernannt. Solche Fälle sind jetzt wieder vorgekommen; die bisherigen Seconde-Lieutenants a. D. Kamlah, Langheld, Engelhardt und Noetzel sind zu Premierlieutenants a. D. befördert worden und zwar im Anschlusse an die gleichalterigen Infanterie-Officiere der Armee. Daß das nun systematisch durchgeführt wird, dafür spricht der kaiserliche Erlaß vom

SLUB
Wir führen Wissen.